

Sehr geehrte Damen und Herren,

Seit 2010 ist das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung von den Vereinten Nationen ausformuliert und weltweit anerkannt. Warum ist eine Umsetzung dieses Rechtes dringender denn je?

Weltweit leiden 884 Millionen Menschen unter mangelndem Zugang zu sicherem Trinkwasser. 2,6 Milliarden Menschen müssen ohne menschenwürdige sanitäre Versorgung leben. Das sind mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung. Opfer von Wasserverunreinigungen sind vor allem Kinder unter fünf Jahren. **Darum sind Durchfallerkrankungen weltweit die zweithäufigste Todesursache.** Eigentlich steht genügend Wasser für alle Menschen zur Verfügung. Ob es jedoch sauber und trinkbar ist und wie es verteilt wird, bestimmt sich aufgrund der sozialen Stellung innerhalb der Gesellschaft.

Für Erdbeeren im Winter aus Marokko, ganzjährig Rosen aus Äthiopien oder Kenia, Soja für unsere Autos - für unsere Lebensweise müssen viele „Entwicklungsländer“ ihr wenig

Wasser verschwenden. Zum Valentinstag werden Tausende von Rosen verschenkt. 5 Liter Wasser sind nötig, um eine einzige Rose zu produzieren. 30 Prozent der Kenianer haben keinen Zugang zu Trinkwasser. Die meisten von ihnen kommen aus Kenia. Dabei sind genügend Wasserquellen vorhanden. Doch das Wasser wird an den Menschen vorbei auf die Blumenfarmen umgeleitet oder durch die Abwässer aus den europäischen Blumenplantagen verunreinigt.

### **Sehr geehrte Damen und Herren,**

Der Wassersektor ist ein gigantischer Markt, auf den immer mehr private Unternehmen drängen. Unternehmen wie Nestlé und Coca-Cola haben sich die Nutzungsrechte an Trinkwasserressourcen gesichert und verkaufen Wasser in Flaschen bis zu 40-mal teurer als Leitungswasser. Die Privatisierung des Wassersektors in Großbritannien in den 1990er-Jahren hat zu Preissteigerungen von über 50 Prozent geführt.

Was sind die Auswirkungen, wenn Nestlé Quellen übernimmt und dort das Flaschenwasser "Pure Life" abfüllt? Der Film „Wem gehört das Wasser“ zeigt Beispiele aus den USA, Brasilien und Südafrika. 2011 erhielt Nestle eine 20-jährige Wasserlizenz für Doornkloof in Südafrika, eine der besten Trinkwasserquellen des Landes. 282.000 Liter Trinkwasser werden täglich in Flaschen abgefüllt. Der unterirdische Schatz heißt abgepackt nun "Pure Life". In unmittelbarer Nähe **der Wasserfabrik leben** 3.000 Menschen in notdürftig zusammengezimmerten Baracken, ohne sanitäre Anlagen und fließendes Wasser. Nestlé-Wasser aus dem Laden ist für die Menschen dort unbezahlbar - ein Liter "Pure Life" kostet umgerechnet einen Euro. Dabei ist es das gleiche Wasser, das nur ein paar hundert Meter entfernt aus dem Boden kommt.

In der Stadt Sao Lorenzo, Brasilien, hat Nestlé die dortigen Heilquellen aufgekauft. Nestlé erhöhte das Fördervolumen für die Abfüllung von "Pure Life" nach der Übernahme stark. Zudem wurden die Mineralien herausgezogen, da das Markenwasser überall gleich schmecken soll. Durch das Abpumpen der Quellen sank der Grundwasserspiegel und

Teile des Oberflächenwassers drangen in tiefere Schichten ein. So wurden Quellen des Wasserparks mit Fäkalien kontaminiert. 2006 hat Nestlé einem Vergleich zugestimmt, nachdem die Anwohner 2002 einen Prozess gegen Nestlé geführt hatten. Nestlé hat sich verpflichtet, das Wasser nicht mehr zu entmineralisieren und die Produktion von "Pure Life" einzustellen. Dennoch findet Nestlé-Chef Peter Brabeck, dass Wasser ein Lebensmittelstoff ist und daher privatisiert werden sollte.

### **Sehr geehrte Damen und Herren,**

Seit Anfang 2013 wird über das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA hinter verschlossenen Türen verhandelt. Das Transatlantic Trade and Investment Partnership Abkommen – **kurz: TTIP** - soll Handelshemmnisse beseitigen. Sollte TTIP in Kraft treten, würde es die weltweit größte Freihandelszone mit über 800 Millionen Einwohnern und die Hälfte des globalen Bruttosozialprodukts umfassen. TTIP ist praktisch unumkehrbar, denn bei jeder Änderung müssen alle Vertragspartner zustimmen.

Wir fürchten, dass das TTIP nicht nur Umwelt- und Sozialstandards in großen Maße senkt, sondern dass wir zum Beispiel mit Hormonen gefüttertes Fleisch, genmanipulierte Lebensmittel und dergleichen mehr in unsere Supermärkte kriegen. Auch wenn das bei uns verboten ist. Denn das TTIP ermöglicht, dass ausländische Konzerne in einem Investor-Staat Schiedsverfahren vor nicht öffentlich tagenden Schiedsgerichten Staaten auf hohe Schadenersatzzahlungen verklagen können.

Bereits im April 2013 hat der Bundesverband der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sich kritisch zum TTIP geäußert: „Die Verhandlungen der EU zum Freihandelsabkommen dürften nicht dazu führen, dass die kommunale Verankerung der Wasserver- und Abwasserentsorgung in Deutschland beeinträchtigt werde, so ihr Vizepräsident Wulf Abke“. Auch die Kommunen warnen vor den Folgen des angestrebten EU-USA-**Konzernschutzabkommens**. Die Präsidenten der vier kommunalen Spitzenverbände warnten in einem Brief an

Ministerpräsident Horst Seehofer davor, Kernbestandteile der kommunalen Daseinsvorsorge überhaupt zu verhandeln.

Weitere Infos gibt es dazu sicher später in dem folgenden Vortrag.

**Sehr geehrte Damen und Herren,**

Was sagt all das über die Verwirklichung des Menschenrechts auf Wasser aus? Das Recht auf Wasser muss endlich einklagbar gemacht werden. Exporte, Investitionen sowie Entwicklungsprojekte tragen im kapitalistischen System immer das Risiko in sich, die Menschenrechte zu beschneiden. Deutschland ist verpflichtet, die Aktivitäten deutscher Unternehmen im Ausland zu kontrollieren und sicherzustellen, dass diese das Recht auf Wasser nicht verletzen und anderen Staaten nicht die Fähigkeit nehmen, dieses Menschenrecht für ihre Bevölkerungen durchzusetzen.

Deutschland muss endlich das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt ratifizieren, mit dem die Rechte zum Schutz wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Lebensbereiche und damit auch das Recht auf Trinkwasser einklagbar gemacht werden. Die alte Bundesregierung hat sich der Ratifizierung widersetzt. Die große Koalition scheint hier kaum engagierter. Zumindest wurde der Wille, das Zusatzprotokoll zu ratifizieren, **nicht** in den Koalitionsvertrag aufgenommen.

**2008 hat die Fraktion DIE LINKE im Bundestag dem Antrag der Grünen „Sanitäre Grundversorgung international verbessern“ (Drucksache 16/11204, 03. 12. 2008) zugestimmt.** SPD und CDU/CSU haben ihn abgelehnt.

2013 hat meine **Fraktion einen Antrag eingereicht (17/12482): Wasser ist Menschenrecht – Privatisierung verhindern.** Auch Bündnis 90/Die Grünen haben unserem Antrag zugestimmt, die SPD hat sich enthalten und die damaligen Regierungsfaktionen haben gegen den Antrag gestimmt.

In dem Antrag forderte die Fraktion DIE LINKE die Bundesregierung auf,

- die Richtlinie zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen und Gütern zu verhindern, darunter auch die Privatisierung der Wasserversorgung;
- und stattdessen die Forderungen der Europäischen Bürgerinitiative „Wasser ist Menschenrecht“ umzusetzen.

**Für uns LINKE gilt: Entscheidend für die Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser ist der politische Wille der Regierungen in den Staaten des globalen Nordens!**